

Klares Votum für Westtrasse

■ Erste Bilanz des Raumordnungsverfahrens zu S 21 ■

Insgesamt 7500 Stellungnahmen zum Raumordnungsverfahren für Stuttgart 21 sind beim Regierungspräsidium eingegangen. Dies teilte Regierungspräsident Dr. Udo Andriof jetzt mit. Die Zustimmung überwiege, allerdings gebe es auch eine Fülle von Bedenken und Einwendungen.

Ein Schwerpunkt ist die Situation auf den Fildern. Die Einwohner der Fildergemeinden wiesen insbesondere auf die hohen Belastungen hin, die sich durch die Häufung von Großvorhaben wie dem Landesflughafen, der geplanten neuen Messe, Straßenbauten und die neue ICE-Trasse ergeben. Deshalb sollte, so der Tenor, die Westumfahrung Plieningen ernsthaft erwogen werden, denn sie biete bessere Möglichkeiten als die Antrags-trasse.

Ergänzende Untersuchung

Das Regierungspräsidium beabsichtigt jetzt, in der Zeit vom 14. April bis zum 2. Mai in den Kommunen Stuttgart, Filderstadt, Leinfelden-Echterdingen, Ostfildern und Neuhausen eine ergänzende Untersuchung öffentlich auszulegen und den Bürgern und Trägern öffentlicher Belange bis zum 23. Mai Gelegenheit zu geben, Einwendungen und Anregungen zur Westumfahrung abzugeben.

Im Innenstadtbereich wurden überwiegend Fragen des Bahnknotens Hauptbahnhof, dessen Ausgestaltung und die Untertunnelung bei Wangen-/Untertürkheim angesprochen.

Auch die Trassenauswahl wurde häufig thematisiert. Hinweise zu den großräumigen Varianten „Lean“ und „Kombi“ gegeben sowie die beabsichtigte Nutzung der bestehenden Filder-S-Bahn für die Gäubahn und die Möglichkeit einer Neckartalanbindung bei Wendlingen aufgegriffen. Im Bereich der Umweltverträglichkeit galt die Sorge vor allem den Heil- und Mineralquellen. Auch auf den Lärmschutz und die Beeinträchtigungen des Natur- und Landschaftsbildes wurde immer wieder hingewiesen.

Bitte um Stellungnahme

Sämtliche 7500 Einwendungen und Stellungnahmen, darunter übrigens auch rund 90 von Trägern öffentlicher Belange sowie 20 von Verbänden und Bürgerinitiativen, werden zur Zeit vom Regierungspräsidium aufgearbeitet. Gleichzeitig wurde die Deutsche Bahn AG gebeten, Stellung zu nehmen. Zusätzlich hat das Regierungspräsidium noch weitere Untersuchungen veranlaßt.

In einem ergänzenden Gutachten wird die Leistungsfähigkeit des unterirdischen Bahnhofs überprüft.

Abschluß im Herbst

Nach der ergänzenden Anhörung werden alle Stellungnahmen im Rahmen der Abwägung Eingang in den Raumordnungsbeschluß finden. Das Regierungspräsidium beabsichtigt, das Raumordnungsverfahren im Herbst abzuschließen. „Ziel ist es, die Planung zu optimieren“, so der Regierungspräsident.